

**Niederschrift der 14. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 04.10.2017 -
öffentlicher Teil**

Datum: 04.10.2017

Zeit: 14:00 Uhr – 17:38 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB	
Herr Sebastian Finger	SPD/BVB	(ab 14:20 Uhr)
Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	
Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB	
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	
Herr Wolfgang Seyfried	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	(bis 16:30 Uhr)

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Jens Koeppen	CDU	
Herr Volkhard Maaß	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	(ab 14:39 Uhr)
Herr Thomas Neumann	CDU	
Herr Siegfried Schön	CDU	
Herr Tobias Schween	CDU	(bis 17:38 Uhr)
Herr Andreas Sommerschuh	CDU	
Herr Manfred Suhr	CDU	
Herr Henryk Wichmann	CDU	
Herr Bernd Zimdars	CDU	(bis 16:30 Uhr)

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE
Frau Madlen Bismar	DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE
Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	
Herr Jürgen Dräger	FDP	
Herr Dr. Alexander Genschow	FDP	(bis 16:30 Uhr)
Herr Klaus Scheffel	FDP	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR
Herr Achim Rensch	BLR

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM	
Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM	
Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM	(bis 16:30 Uhr)

NPD

Herr Sven Gläsemann	NPD
Herr David Weide	NPD

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat
Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Gäste

Frau Johanna Mandelkow	Kreiserntepinzessin 2017 des Landkreises Uckermark
Herr Jürgen Siebert	Lychen
Herr Martin Hansen	Rutenberg
Frau Jutta Siebert	Lychen
Herr Markus Thum	Lychen
Herr Thomas Held	Lychen

Abwesende Kreistagsmitglieder:**SPD/BVB-Fraktion**

Herr Mike Bischoff	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Uwe Schmidt	SPD/BVB	entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Reinhold Klaus	CDU	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	entschuldigt

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Rainer Korrman	BLR	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Seyfried begrüßt alle Kreistagsmitglieder zur 14. Sitzung des Kreistages der 5. Wahlperiode. Des Weiteren begrüßt er den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die anwesenden Amtsleiter und weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie alle Gäste.

Herr Seyfried stellt die Beschlussfähigkeit fest und teilt mit, dass zurzeit

42 Kreistagsmitglieder anwesend sind und sich

sechs Kreistagsmitglieder bis zum Beginn der heutigen Sitzung entschuldigt haben.

Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Seyfried teilt mit, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Kreistagsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er weist darauf hin, dass in Ergänzung der heutigen Tagesordnung noch folgende zwei Anfragen in die Tagesordnung aufzunehmen sind:

6.7 Betreff Beschlagnahme von Tieren
AF/792/2017

6.8 Wettbewerbsfähigkeit der Uckermark als Arbeitgeber für den Rettungsdienst
AF/793/2017

zu TOP 2.1. Anträge zur Tagesordnung:

Herr Seyfried informiert darüber, dass zwei Anträge vorliegen, über deren Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag gemäß § 6 Absatz 3 Geschäftsordnung (GeschO) zu beschließen hat.

Er ruft anschließend die Anträge einzeln hintereinander auf und bittet nach Begründung der Dringlichkeit durch den Einreicher, bei jedem Antrag darüber abzustimmen, ob dieser in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen ist.

zu TOP 2.1.1: Stellungnahme des Kreistages Uckermark zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg AN/792/2017

Herr Bretsch begründet die Dringlichkeit des Antrages u.a. damit, dass sich die Ausschussmitglieder in der letzten Sitzung des Kreisausschusses am 26.09.2017 darauf geeinigt haben, parallel zur der auf der Grundlage der Landesverfassung abzugebenden sachlich fachlichen Stellungnahme des Kreistages zur vorgesehenen Kreisneugliederung noch zu einen gemeinsamen Antrag einzureichen, der eine klare politische Aussage zur geplanten Verwaltungsstrukturreform trifft. Herr Bretsch merkt an, dass das Vorhaben Verwaltungsstrukturreform von der Landesregierung nicht akkurat begründet ist und wesentliche Fragen dabei offen bleiben. Da beide Anträge inhaltlich zusammengehören, bittet er um Aufnahme des Antrages AN/792/2017 in die heutige Tagesordnung.

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/792/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Seyfried schlägt vor, den Antrag AN/792/2017 als neuen TOP 17 in die Tagesordnung einzufügen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch entsprechend nach hinten.

Herr Banditt nimmt auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ÄÄ/0035/2017 Bezug, der eine Ergänzung der Beschlussvorlage BV/767/2017 zum Inhalt hat. Er bringt zum Ausdruck, dass sich das Anliegen des Änderungsantrages in dem neu vorgelegten gemeinsamen Antrag AN/792/2017 wiederfindet.

Herr Banditt zieht deshalb für die CDU-Fraktion den Änderungsantrag ÄÄ/0035/2017 zurück.

zu TOP 2.1.2: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Angermünde – Stettin AN/795/2017

Herr Seyfried teilt mit, dass es sich bei dem Antrag AN/795/2017 um einen interfraktionellen Antrag zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde – Stettin handelt. Er merkt an, dass durch diesen Antrag die bereits vorliegenden beiden Anträge - Resolution für die schnelle Errichtung eines 2. Gleises der Bahnstrecke "Angermünde – Stettin" AN/785/2017 und

Zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde - Stettin befördern! AN/788/2017 ergänzt bzw. ersetzt werden sollen.

Herr Koeppen begründet die Dringlichkeit des Antrages AN/795/2017 und merkt an, dass die Angelegenheit keinen Aufschub zulässt, da es jetzt in die intensive Planung geht und wegen des zweiten Gleises sofortiger Handlungsbedarf besteht. Er kündigt an, zum vorliegenden Antrag noch eine Änderung einbringen zu wollen.

Herr Rohne merkt an, dass sich alle Fraktionen im Vorfeld darüber verständigt haben, den Antrag AN/795/2017 mitzutragen. *Aus diesem Grund ziehen Herr Rohne und Herr Bretsch den Antrag AN/788/2017 zurück.*

Herr Banditt weist darauf hin, dass zum Antrag AN/795/2017 heute noch eine mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmte Ergänzung vorgesehen ist. *Herr Banditt zieht für die CDU-Fraktion den Antrag AN/785/2017 zurück.*

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/795/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Herr Seyfried stellt fest, dass die bisher als Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 vorgesehenen Anträge AN/785/2017 und AN/788/2017 von ihren jeweiligen Einreichern zurückgezogen wurden. Als neuen TOP 7.4 bittet Herr Seyfried den Antrag AN/795/2017 in die Tagesordnung einzuordnen.

Frau Bader bittet wegen der zahlreichen Gäste aus Lychen, die als TOP 16 der heutigen Tagesordnung vorgesehene Drucksache - Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2018 (BV/751/2017) - in der Behandlung vorzuziehen und als TOP 8 zu behandeln.

Der Kreistag stimmt der vorgezogenen Behandlung der Drucksache BV/751/2017 als TOP 8 zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

Herr Banditt bittet im Namen der CDU-Fraktion darum, die Drucksachen

- Stellungnahme des Kreistages Uckermark zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg
AN/792/2017
- Stellungnahme des Kreistages Uckermark zum Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 6/6776)
BV/767/2017

zusammen zu behandeln und als TOP 17.1 und 17.2 in die Tagesordnung einzuordnen.

Der Kreistag stimmt der Behandlung der Drucksachen AN/792/2017 und BV/767/2017 als TOP 17.1 und 17.2 der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(Herr Finger kommt um 14:20Uhr.)

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
 - 2.1.1 Stellungnahme des Kreistages Uckermark zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg
AN/792/2017
 - 2.1.2 Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Angermünde – Stettin
AN/795/2017
3. Bestätigung der Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.06.2017 - öffentlicher Teil
223/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen aus dem Kreistag
 - 6.1 Verkauf eines Geschäftsanteils der ICU Investor Center Uckermark GmbH
AF/778/2017
 - 6.2 Asylsituation im Landkreis Uckermark
AF/780/2017
 - 6.3 Jobcenter Schwedt/Oder
AF/781/2017
 - 6.4 Jobcenter Uckermark
AF/782/2017
 - 6.5 Volksbegehren Kreisgebietsreform
AF/783/2017
 - 6.6 Öffnungszeiten der Kreisverwaltung Uckermark und deren Nebengeschäftsstellen
AF/784/2017
 - 6.7 Betreff Beschlagnahme von Tieren
AF/789/2017
 - 6.8 Wettbewerbsfähigkeit der Uckermark als Arbeitgeber für den Rettungsdienst
AF/793/2017
7. Anträge an den Kreistag
 - 7.1 Ergänzung der DS 622/2016 (Rahmenvereinbarung LQEV)
AN/752/2017
 - 7.2 Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder im Kreisausschuss für die Fraktion DIE LINKE
AN/786/2017

- 7.3 Benennung weiterer stellvertretende Mitglieder für die beratenden Ausschüsse des Kreistages durch die Fraktion DIE LINKE
AN/787/2017
- 7.4 Resolution für die schnelle Errichtung eines 2. Gleises der Bahnstrecke "Angermünde – Stettin"
AN/785/2017
- 8. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2018.
BV/751/2017
- 9. Terminplanung 2018 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse
BR/748/2017
- 10. Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018
BV/743/2017
- 11. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV Quartal 2016 - Jahresabschluss 2016
BR/749/2017
- 12. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016
BV/750/2017
- 13. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2016
BR/755/2017
- 14. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2017
BR/747/2017
- 15. Antrag auf Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2017
BV/717/2017
- 16. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2016
BV/746/2017
- 17. Stellungnahmen des Kreistages Uckermark
- 17.1 Stellungnahme des Kreistages Uckermark zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg
AN/792/2017
- 17.2 Stellungnahme des Kreistages Uckermark zum Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 6/6776)
BV/767/2017
- 18. Fortschreibung der Präventionskonzeption Frühe Hilfen
BV/768/2017

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.06.2017 - öffentlicher Teil
223/2017**

Herr Seyfried informiert darüber, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.06.2017 – öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Informationen des Kreistagsvorsitzenden

Herr Seyfried informiert darüber, dass alle Aufträge an die Verwaltung aus der 13. Sitzung des Kreistages am 14.06.2017 – öffentlicher Teil zwischenzeitlich abgearbeitet wurden.

- Die Einwohnerfrage von Tabea Sorgatz, Bürgerinitiative Eselshütt, wurde mit Schreiben vom 07.07.2017 beantwortet.
- Die Anfrage von Frau Bader - Illegale Fällungen von Greifvogelhorstbäumen (AF/741/2017) - wurde mit Schreiben vom 21.06.2017 beantwortet.
- Die Anfrage von Frau Bader – Wirtschaftsplan der UVG (AF/742/2017) - wurde mit Schreiben vom 19.06.2017 beantwortet.

Eine Kopie der o.g. Antwortschreiben ist allen Mitgliedern des Kreistages elektronisch bzw. in Papierform zur Kenntnis gegeben worden.

Des Weiteren wurde der Wirtschaftsplan der UVG allen Mitgliedern des Kreistages im Nachgang zur Sitzung des Kreistages zugesandt.

Hereintragen der Erntekrone:

Herr Seyfried bittet darum, wie traditionsgemäß in jedem Jahr zur Herbstzeit, die Erntekrone in den Plenarsaal hereinzutragen. Er bedankt sich bei den Uckermärker Landfrauen, die diese Erntekrone mit viel Mühe und Geschick angefertigt haben.

Begrüßung der Kreiserntepinzessin 2017:

Herr Seyfried begrüßt Frau Johanna Mandelkow, die auf dem diesjährigen Kreisernstedankfest in Passow zur Kreiserntepinzessin für die nächsten zwei Jahre gewählt wurde.

Er bittet Frau Mandelkow, sich den Mitgliedern des Kreistages und allen weiteren in der heutigen Sitzung anwesenden kurz vorzustellen.

Frau Mandelkow stellt sich den Anwesenden kurz vor und teilt mit, dass sie u. a. an der diesjährigen „Grüne Woche“ teilnehmen und wichtige Öffentlichkeitsarbeit leisten wird. Auch möchte sie junge Leute für die Landwirtschaft begeistern.

Der Landrat überreicht Frau Mandelkow als kleines Dankeschön eine Kalit mit regionalen Produkten.

Herr Seyfried dankt Frau Mandelkow für ihre Ausführungen und wünscht ihr Ihre Zeit als Kreiserntepinzessin viel Freude und gutes Gelingen sowie persönlich alles Gute.

Informationen des Landrates

Der Landrat informiert die Kreistagsmitglieder über folgende Themen:

- Kreiserntedankfest am 16.09.2017 in Passow
- Arbeitsstand – Schulentwicklungsplanung 2017 - 2022
- Niedrigschwelliges Sprechstundenangebot für Bürgerinnen und Bürger bei der Beantragung von Grundsicherungsleistungen im Alter oder bei Erwerbsminderung am Standort des Sozialamtes in Templin
- Aktueller Stand zum weiteren Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Landkreis Uckermark
- Investitionen zur Modernisierung und Digitalisierung an Schulen

(Die ausführlichen Informationen zu o.g. Themen sind der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.)

Zusätzlich informiert der Landrat noch über das stationäre Gesundheitswesen in Verbindung mit dem ambulanten Gesundheitswesen im Landkreis und teilt mit, dass es bei zwei Krankenhäusern der Grundversorgung, nämlich in Prenzlau und Templin, gelungen ist, dass beide Krankenhäuser vor der Bewilligung aus dem Krankenhausstrukturfonds stehen. Der Landrat teilt mit, dass es um ca. 10 Mio. Euro für jedes der beiden Krankenhäuser in Templin und Prenzlau geht. Des Weiteren teilt er mit, dass es dazu noch einen Innovationsfonds des Bundes gibt, der im Krankenhaus Templin schon umgesetzt wird und aus dem das Krankenhaus 14,5 Mio. Euro erhält. Der Landrat ist der Auffassung, dass mit den Geldern aus dem Krankenhausstrukturfonds und dem Innovationsfonds das Krankenhaus Templin gut für die Zukunft aufgestellt ist. Er teilt noch mit, dass es bei dem Innovationsfonds um die Aufgabe geht, stationäres und ambulantes Ärztewesen zusammenzuführen.

Frau Bader möchte vom Landrat wissen, ob es nicht möglich ist, dass man die Manager von diesem Projekt in Templin einlädt, um das Projekt im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nochmal vorzustellen.

Der Landrat teilt mit, dass er ohnehin vorgesehen hatte, die Kreistagsmitglieder und die interessierte Öffentlichkeit über das Projekt in Templin im Rahmen einer Ausschusssitzung zu informieren.

(Herr Meyer kommt um 14:39 Uhr.)

Herr Koeppen nimmt Bezug auf die heutigen Informationen des Landrates zum Breitbandausbau und begrüßt den erreichten Arbeitsstand hierzu. Er zeigt sich jedoch besorgt über die in der Niederschrift des Ausschusses für Regionalentwicklung am 11.09.2017 enthaltenen Aussagen, wonach es erst 2019 mit den Hauptarbeiten losgeht. Herr Koeppen möchte wissen, ob man dieses nicht forcieren kann und für die Fertigstellung als Ziel 2018 setzen kann.

Der Landrat teilt mit, dass es ihm auch lieber wäre, früher fertig zu werden, macht jedoch darauf aufmerksam, dass u.a. noch Genehmigungsverfahren zu bewältigen sind, die der Landkreis nicht in der Hand hat. Er bringt zum Ausdruck, dass er bemüht sein wird, so früh, wie möglich fertig zu werden.

Herr Dr. Schwill nimmt Bezug auf Medienberichte, wonach insbesondere kleine Grundschulen auf Grund geringer Schülerzahlen Probleme haben, sich behaupten zu können. Auch sei berichtet worden, dass einige Grundschulen durch den Zuzug von Emigrantenkindern gesichert werden konnten. Herr Dr. Schwill möchte wissen,

ob das auch für unseren Landkreis zutrifft. Falls dazu heute keine Information möglich ist, bittet Herr Dr. Schwill um schriftliche Beantwortung seiner Frage.

Der Landrat weist u.a. auf die im Dezember 2017 vom Kreistag zu beschließende Schulentwicklungsplanung hin, in der alle Zahlen darauf hin deuten, dass keine Schule im Grundschulbereich vom Netz geht. Er bittet Herrn Dr. Schwill hierzu auch den weiteren Verlauf der Beratungen in den kommenden Fachausschüssen abzuwarten.

Herr Scheffel nimmt Bezug auf die Feierstunde im Landkreis Uckermark zum Tag der deutschen Einheit am 03.10.2017 und teilt mit, dass er eigentlich etwas enttäuscht war, weil die für ihn so wichtige Feier einfach zu wenig besucht war. Er regt auch an, diese Feier zukünftig noch etwas festlicher zu gestalten.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Siebert nimmt auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung Bezug, in der berichtet wurde, dass 2018 eine zusätzliche Kosteneinsparung in Höhe von 200 T€ im ÖPNV realisiert werden kann.

Herr Siebert möchte wissen, durch welche Maßnahme diese zusätzliche Kosteneinsparung zustande kommt und inwieweit diese Kosteneinsparung genutzt werden kann, Lücken, die durch die Kosteneinsparungen entstanden sind, zu schließen.

Herr Brandenburg weist auf die heute in diesem Zusammenhang vorliegende Beschlussvorlage sowie auf den geltenden Verkehrsvertrag hin. Er merkt an, dass der Verkehrsvertrag vorsieht, dass der UVG ein voller Kostenausgleich für die bestellten Kilometer gezahlt wird, abzüglich der eigenen Einnahmen. Er merkt an, dass sich die Einnahmen der UVG derzeit besser darstellen, als im vergangenen Jahr und es Einsparungen bei den Kilometer-Leistungen gibt, die sich jedoch nicht auf Grund von Einsparungen gegenüber 2017, sondern durch die Lage von Ferien- und Feiertagen ergeben. Bezüglich der nachgefragten Verwendung der eingesparten 200 T€ weist Herr Brandenburg darauf hin, dass es sich bei den 3,9 Mio. € nicht um ein Ziel, sondern um einen Limit-Beschluss für den Anteil des Landkreises handelt. Herr Brandenburg merkt an, dass die Kreistagsvorlage auf der Grundlage des vorliegenden Fahrplanangebotes zuzüglich einiger Ergänzungen auf Grund der vorliegenden Stellungnahmen der Hauptverwaltungsbeamten aus dem kreisangehörigen Raum erarbeitet wurde.

Herr Siebert stellt eine Zusatzfrage und möchte wissen.

„Wenn ein Teil der Einsparungen durch höhere Einnahmen generiert werden, sind diese höheren Einnahmen bedingt durch vermehrte Inanspruchnahme des Öffentlichen Personennahverkehrs?“

Herr Brandenburg macht auf zwei wesentliche Punkte aufmerksam. Er weist auf das sogenannte Mobilitätsticket in Brandenburg hin, das vermehrt auch von ausländischen Mitbewohnern bzw. Asylbewerbern genutzt wird. Außerdem merkt er an, dass die höheren Einnahmen je Nutzwagenkilometer dadurch begründet sind, dass bei unwirtschaftlichen Linien Kürzungen vorgenommen wurden.

Herr Martin Hansen nimmt auf die Stellungnahme der Lychener Bürgermeisterin Bezug, in der der Fahrplanentwurf abgelehnt wurde. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen:

„Hat diese Stellungnahme einen Einfluss auf die weitere Fahrplanplanung?“

Herr Brandenburg merkt an, dass man den Unterlagen entnehmen kann, inwieweit diese Stellungnahme Einfluss hatte. Er weist darauf hin, dass während der Sommerzeit in den Monaten Juni, Juli, August zusätzliche Angebote im Pendelverkehr zwischen Lychen und Fürstenberg angeboten werden sollen. Darüber hinaus gehende touristische Belange sollen im Rahmen einer Überarbeitung des Nahverkehrsplanes geprüft werden.

Herr Hansen nimmt noch auf eine weitere Stellungnahme der Lychener Bürgermeisterin vom 20.09.2017 Bezug und möchte wissen,

„Wie weit hat das Einfluss auf die weitere Entwicklung?“

Herr Brandenburg merkt zum Schreiben vom 20.09.2017 der Lychener Bürgermeisterin an, dass sie im Wesentlichen bestätigt hat, dass die zusätzlichen Verkehre touristischer Natur sind und in Aussicht gestellt hat, sich gegebenenfalls mit der Stadt Lychen finanziell daran zu beteiligen.

Frau Jutta Siebert möchte zum ÖPNV wissen:

„Wer macht denn die Planung des Fahrplanes? Sind das Mitarbeiter der Kreisverwaltung oder sind das Fachleute von der UVG? Wer entscheidet, ob Samstags um 13:00 Uhr ein Bus fährt, der nächste vier Stunden später um 17:00 Uhr und daraufhin einer um 18:00 Uhr? Sind das Verkehrsplaner, die das machen?“

Herr Brandenburg teilt mit, dass es sowohl Fachleute in der Kreisverwaltung als auch in der UVG gibt. Er merkt an, dass die UVG die Vorschläge nach den Vorgaben des Nahverkehrsplanes macht und in diesem Jahr auch noch die Stellungnahmen mit der Kreisverwaltung abgestimmt hat. Herr Brandenburg weist darauf hin, dass es sich um eine Teamarbeit zwischen der UVG und der Kreisverwaltung handelt.

Herr Markus Thum stellt sich die Frage, warum es in einigen touristischen Regionen besser vorangeht und was es eigentlich ist, dass es hier so schleppend läuft. Er nimmt Bezug auf den erfolgreich verlaufenden Regionalmarkt an der Blumberger Mühle und möchte wissen:

„Wie kommt das, dass dort 3.500 Besucher hinkommen?“

Herr Thum weist darauf hin, dass die Blumberger Mühle vormittags im Stundentakt angebunden ist mit dem Biberbus und nachmittags immerhin noch zweimal. Herr Thum möchte in diesem Zusammenhang wissen:

„Was macht die Blumberger Mühle wertvoller als Orte, wie Lychen, Annenwalde oder Himmelpfort? Wie kommt es zu so einer Ungleichgewichtung?“

Herr Brandenburg spricht sich dagegen aus, Angebote gegeneinander aufzuwägen. Zum Biberbus merkt er an, dass die Stadt Angermünde ein Extra-Angebot haben wollte, dass sie auch extra bezahlt. Ihm ist jedoch nicht bekannt, ob es sich bei den von Herrn Thum genannten Fahrten um dieses Angebot handelt. Herr Brandenburg

weist noch auf einen Vertrag mit der Stadt Angermünde hin, wonach die Stadt Angermünde zusätzliche Angebote gebucht hat und auch bezahlt.

Herr Thum kritisiert u.a., dass die Naturparklinie mit der Verbindung von Lychen nach Feldberg einfach gestrichen wurde, ohne vorher die beiden Orte überhaupt in Kenntnis zu setzen.

Der Landrat nimmt zur angesprochenen Naturparklinie Bezug. Er merkt u.a. an, dass er sowohl die Verantwortlichen der Stadt Feldberg als auch der beiden beteiligten Naturparke hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung angesprochen hat und sie ihm keine diesbezüglichen Zusagen gemacht haben. Der Landrat teilt mit, dass die Auswertung einer Fahrgastzählung 0,8 Fahrgäste pro Fahrt ergeben hat. Da der Naturparkbus kaum in Anspruch genommen wurde und auch keine Bereitschaft zu einer finanziellen Beteiligung bestanden hat, wurde diese Linie eingestellt.

Herr Thomas Held nimmt zum Naturparkbus Stellung und teilt mit, dass von den 6.600 Euro für den Naturparkbus 2.000 Euro von den beiden Kommunen getragen wurden und dann noch Gelder vom Naturpark für die Bewerbung. Beide Kommunen hätten auch angeboten, weitere Gelder zu zahlen, wenn ein ordentlicher Fahrplan gestaltet wird.

Herr Held geht noch auf die Frage von Herrn Hansen bezüglich des Schreibens der Lychener Bürgermeisterin vom 20.09.2017 ein, in dem u.a. steht, dass der Fahrplan von der Stadt Lychen so nicht akzeptiert werden kann und dass die Stadt Lychen als Kompromiss wenigsten den Fahrplan des Jahres 2016 verlangt. Es wird in dem Schreiben außerdem darum gebeten anzuerkennen, dass für Lychen die Anbindung an den Bahnhof Fürstenberg wichtig für die Daseinsvorsorge ist.

Herr Held möchte wissen, inwieweit dieses Schreiben noch für die heutige Beschlussfassung relevant ist.

Herr Held nimmt Bezug auf eine Aussage des Landrates in der Niederschrift der Sitzung des Kreisausschusses am 04.01.2017, in der der Landrat gesagt hat, dass alle Probleme mit den bestimmten Linien an die Kreisverwaltung oder die UVG herangebracht werden können und nach schnellen Lösungen gesucht wird.

Herr Held weist darauf hin, dass aus Lychen die Probleme ausführlich auf verschiedensten Wegen, ob im persönlichen Gespräch, ob in Schreiben oder im Kreistag, herangetragen worden sind. Er merkt an, dass eine Lösung immer noch nicht in Sicht ist und möchte wissen:

„Wann wird es diese geben?“

Der Landrat weist auf die Ausführungen von Herrn Brandenburg zu diesem Thema hin und darauf, dass es unterschiedliche Intentionen zu diesem Thema gibt. Zum Naturparkbus merkt er an, dass es zwar eine Projektförderung für diese Linie gab, es jedoch um eine Dauerfinanzierung über die Landesgrenzen hinweg ging, für die es keine finanziellen Zusagen gab.

Frau Siebert wüsste gerne noch:

„Was Sie denken, warum wir hier bei jeder Kreistagsitzung sind, ob wir Prenzlau so schön finden, ob wir so gerne Herrn Brandenburg oder den anderen Herren zuhören

oder ob wir wirklich ein Anliegen haben, dass wir Not haben und dass wir hoffen, dass uns geholfen wird in diesen Belangen, dass wir unsere Betriebe führen können und dass die Menschen zu uns kommen können?“

zu TOP 6: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 6.1: Verkauf eines Geschäftsanteils der ICU Investor Center Uckermark GmbH AF/778/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 13.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Dr. Gerlach, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Dr. Gerlach bestätigt wird.

zu TOP 6.2: Asylsituation im Landkreis Uckermark AF/780/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 25.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Herr Weide teilt mit, dass er die schriftliche Antwort nicht für ausreichend hält und stellt deshalb eine **Zusatzfrage zur Anfrage AF/780/2017**, die von ihm auch schriftlich vorgelegt wird.

Der Landrat merkt an, dass Herr Weide eine schriftliche Antwort auf seine Zusatzfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist erhält.

zu TOP 6.3: Jobcenter Schwedt/Oder AF/781/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 26.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 6.4: Jobcenter Uckermark AF/782/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 26.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält.

Herr Weide teilt mit, dass er die schriftliche Antwort nicht für ausreichend hält und stellt deshalb eine **Zusatzfrage zur Anfrage AF/782/2017**, die von ihm auch schriftlich vorgelegt wird.

Herr Fillbrunn sagt Herrn Weide eine schriftliche Antwort auf seine Zusatzfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist zu.

**zu TOP 6.5: Volksbegehren Kreisgebietsreform
AF/783/2017**

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 26.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.6: Öffnungszeiten der Kreisverwaltung Uckermark und deren
Nebengeschäftsstellen
AF/784/2017**

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 25.09.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.7: Betreff Beschlagnahmung von Tieren
AF/789/2017**

Herr Seyfried teilt mit, dass wegen der nicht fristgemäßen Einreichung der Anfrage noch keine schriftliche Antwort zur heutigen Sitzung vorliegt.

Er weist Herrn Genschow darauf hin, dass er innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage erhält.

**zu TOP 6.8: Wettbewerbsfähigkeit der Uckermark als Arbeitgeber für den
Rettungsdienst
AF/793/2017**

Herr Seyfried teilt mit, dass wegen der nicht fristgemäßen Einreichung der Anfrage noch keine schriftliche Antwort zur heutigen Sitzung vorliegt.

Er weist Herrn Koeppen darauf hin, dass er innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage erhält.

**zu TOP 6.9: Fahrtkosten von Auszubildenden
AF/796/2017**

Frau Bader stellt eine neue Anfrage zum Thema – Fahrtkosten von Auszubildenden. Die Anfrage wurde schriftlich vorgelegt und im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AF/796/2017** registriert.

Herr Seyfried sagt Frau Bader eine schriftliche Antwort auf ihre Anfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) zu.

**zu TOP 6.10: Das Jugendamt sucht Pflegeeltern
AF/797/2017**

Frau Bader stellt eine neue Anfrage zum Thema – Das Jugendamt sucht Pflegeeltern. Die Anfrage wurde schriftlich vorgelegt und im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AF/797/2017** registriert.

Herr Seyfried sagt Frau Bader eine schriftliche Antwort auf ihre Anfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) zu.

**zu TOP 6.11: Schülerbeförderung
AF/798/2017**

Herr Regler stellt eine neue Anfrage zum Thema – Schülerbeförderung. Die Anfrage wurde schriftlich vorgelegt und im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AF/798/2017** registriert.

Herr Seyfried sagt Herrn Regler eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) zu.

zu TOP 6.12: Unzureichende Personalsituation in der KFZ-Zulassungsstelle

Herr Wichmann merkt an, dass er eine Frage zur Personalsituation in der Kfz-Zulassungsstelle des Landkreises stellen möchte. Er weist darauf hin, dass er im Juli versucht hat, sein Auto anzumelden und er feststellen musste, dass es viel länger dauert, als es die Wartemarke angezeigt hat. In Gesprächen mit Mitarbeitern hat er dann herausgefunden, dass seit längerem in der KFZ-Zulassungsstelle eine sehr angespannte und problematische Situation hinsichtlich der tatsächlichen Besetzung der Personalstellen besteht. Daraufhin hat er im Juli mit dem Landrat und auch mit Herrn Brandenburg telefoniert, wobei ihm von Herrn Brandenburg signalisiert wurde, dass man an dem Problem arbeitet und auch Lösungen gefunden werden sollen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Wichmann darauf hin, dass er heute auf dem Weg in den Fraktionsraum wieder viele Wartende vor der KFZ-Stelle angetroffen hat. Auch hat von mehreren Autohändlern in der Uckermark gehört, für die die langen Wartezeiten in der KFZ-Zulassungsstelle ein erstes Problem darstellt.

Herr Wichmann möchte deshalb wissen, was die Kreisverwaltung gedenkt zu tun, um dieser Personalsituation Abhilfe zu verschaffen.

Herr Wichmann bittet um eine kurze mündliche Antwort hierzu.

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass man an diesem Thema dran ist und zwei mittelfristige Dinge eingerichtet, die aber schon etabliert sind.

Danach werden Mitarbeiter aus anderen Bereichen zur Verstärkung in die KFZ-Zulassungsstelle beordert, wenn Not am Mann ist. Herr Brandenburg macht darauf aufmerksam, dass es in der Vergangenheit Abgänge aus Fluktuation und eine hohe Krankenquote gab. Er informiert noch darüber, dass in der letzten Woche zwei Arbeitsverträge für die KFZ-Zulassungsstelle unterschrieben hat, wobei die Mitarbeiter aber noch nicht vor Ort sind. Herr Brandenburg merkt an, dass es sich bei der KFZ-Zulassungsstelle um einen der Bereiche handelt, die unter seiner ständigen Kontrolle stehen. Er weist darauf hin, dass es sich vor Ort um ein Einstiegsamt handelt, das relativ gering dotiert ist. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort den Einstieg nutzen, haben dann die Möglichkeit, sich auf interne Stellenausschreibungen zu bewerben, wodurch es sehr oft zu Fluktuationen ins übrige Haus hinein kommt. Herr Brandenburg weist noch auf mehrere durchgeführte Analysen hin, in denen versucht wurde, typische Hauptbesuchszeiten herauszufinden, was jedoch bisher nicht gelungen ist. Er teilt mit, dass er sich auf entsprechende Nachfrage der Amtsleiterin, die KFZ-Zulassungsstelle trotz Personalmangels zu öffnen, immer für eine Öffnung entscheidet. Herr Brandenburg weist darauf hin, dass bei ihm der Kunde im Mittelpunkt steht und gegebenenfalls Überstunden geleistet werden mussten.

**zu TOP 6.13: Beschluss zum Honorar Kreismusikschule
AF/800/2017**

Herr Thomas Neumann stellt eine neue Anfrage zum Thema – Beschluss zum Honorar Kreismusikschule. Die Anfrage wurde schriftlich vorgelegt und im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AF/800/2017** registriert.

Der Landrat sagt Herrn Thomas Neumann eine schriftliche Antwort auf seine Anfrage innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist (12 Kalendertage) zu.

**zu TOP 6.14: Benennung der Antrags- oder Fragesteller bei den Vorlagen
AF/820/2017**

Herr Koeppen stellt eine neue Anfrage zum Thema – Benennung der Antrags- oder Fragesteller bei den Vorlagen. Die Anfrage wurde schriftlich vorgelegt und im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AF/820/2017** registriert.

Herr Seyfried sagt eine Prüfung des von Herrn Koeppen vorgetragenen Anliegens zu.

zu TOP 6.15: Fahrplananbindung von Lychen

Herr Zimdars weist darauf hin, dass seit einigen Kreistages engagierte Lychener ihre Sorgen zur Fahrplananbindung von Lychen vorbringen. Er ist der Auffassung, dass die Lychener mit den Antworten des Landrates und des 1. Beigeordneten nicht so recht zufrieden sind und aneinander vorbeigeredet wird.

Herr Zimdars fragt bzw. regt an, ob es nicht möglich ist, dass man aufeinander zugeht, dass man sich noch einmal zusammen setzt und dass vielleicht die Verwaltungsspitze mal nach Lychen fährt und dort eine Runde macht mit den Betroffenen. Da würde er sehr drum bitten. Herr Zimdars hat das Gefühl, dass die Einwohnerfragestunde der falsche Ort ist, um dazu jedes Mal zu kommunizieren. Er plädiert dafür, dass man sich einfach nochmal zusammensetzt, in Lychen bewusst, um die Sache verständnisvoll, im Verständnis miteinander, zu lösen.

Herr Seyfried teilt mit, dass die Anregung gehört wurde.

zu TOP 7: Anträge an den Kreistag

zu TOP 7.1: Ergänzung der DS 622/2016 (Rahmenvereinbarung LQEV) AN/752/2017

„Der Kreistag beschließt in Ergänzung der Drucksache 622/2016 ab dem 01.01.2018 abweichend von den beschlossenen Richtwerten der Rahmenvereinbarung LQEV zusätzliche Mittel zu gewähren, die von den Leistungsanbietern im Einzelfall benötigt werden.

Als Voraussetzung ist mittels eines gesonderten Antrags durch den in Frage kommenden Leistungsanbieter der entsprechende Fehlbedarf nachzuweisen. Der individuelle Zuschuss kann nur bis zur Höhe des nachgewiesenen Fehlbedarfes gewährt werden.

Dafür stellt der Leistungsanbieter der Verwaltung alle für die Prüfung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.2: Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder im Kreisausschuss für die Fraktion DIE LINKE AN/786/2017

Herr Seyfried weist darauf hin, dass die Wahl durch offenen Wahlbeschluss erfolgt.

„Der Kreistag wählt Frau Sieglinde Knudsen und Herrn Reiner Prodöhl als weitere stellvertretende Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in den Kreisausschuss.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.3: Benennung weiterer stellvertretende Mitglieder für die beratenden Ausschüsse des Kreistages durch die Fraktion DIE LINKE AN/787/2017

„1. Die Fraktion DIE LINKE benennt folgende weitere stellvertretende Mitglieder für die beratenden Ausschüsse des Kreistages:

Ausschuss für Regionalentwicklung (REA): Frau Madlen Bismar, Herr Axel Krumrey, Herr Egon Ulrich, Frau Evelin Wenzel, Herr Gerhard Rohne

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport (KBSA): Herr Reiner Prodöhl, Herr Egon Ulrich, Herr Günter Tattenberg, Frau Evelin Wenzel, Herr Gerhard Rohne

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit (ASGA): Herr Günter Tattenberg, Herr Axel Krumrey, Herr Egon Ulrich, Frau Evelin Wenzel, Herr Gerhard Rohne

Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung (FRA): Frau Sieglinde Knudsen, Herr Heiko Poppe, Herr Axel Krumrey, Frau Evelin Wenzel, Herr Reiner Prodöhl

2. Der Kreistag stellt die geänderte Stellvertreterregelung durch deklaratorischen Beschluss fest.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.4: Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Angermünde - Stettin AN/795/2017/1

Die CDU-Fraktion schlägt in Abstimmung mit den übrigen Einreichern des Antrages AN/795/2017 vor, den Beschlussvorschlag des Antrages AN/795/2017 noch durch den ersten Satz des Antrages AN/785/2017 zu ergänzen und diesen dem Beschlussvorschlag des Antrages AN/795/2017 voranzustellen.

Außerdem soll der erste Satz des Beschlussvorschlages des Antrages AN/795/2017 noch durch den Zusatz „und alle weiteren Beteiligten“ sowie „den Bundestag“ ergänzt werden.

Die Fraktionen SPD/BVB, CDU, DIE LINKE, FDP, BLR und Grüne/RdUM einigen sich auf eine zweite Version des Antrages AN/795/2017 und legen diese dem Kreistag zur Beschlussfassung vor.

Herr Banditt verliest auf Bitte von Herrn Seyfried den Beschlussvorschlag der zweiten Version des Antrages AN/795/2017:

„Der Landrat in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und alle anderen politischen Vertreter des Landkreises werden gebeten sich dafür einzusetzen, dass beim Ausbau der Bahnstrecke "Angermünde - Stettin" ein 2. Gleis errichtet wird.

Der Kreistag des Landkreises Uckermark und alle weiteren Beteiligten fordern den Bundestag, das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde – Stettin planerisch vorzubereiten und umzusetzen, um so eine weitere infrastrukturelle Entwicklung im Nordosten der Bundesrepublik und die wirtschaftliche Verflechtung der Metropolen Berlin und Stettin zu fördern.“

Die zweite Version des Antrages wurde im Nachgang zur Sitzung als Drucksache **AN/795/2017/1** registriert.

„Der Landrat in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und alle anderen politischen Vertreter des Landkreises werden gebeten sich dafür einzusetzen, dass beim Ausbau der Bahnstrecke "Angermünde - Stettin" ein 2. Gleis errichtet wird.

Der Kreistag des Landkreises Uckermark und alle weiteren Beteiligten fordern den Bundestag, das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde – Stettin planerisch vorzubereiten und umzusetzen, um so eine weitere infrastrukturelle Entwicklung im Nordosten der Bundesrepublik und die wirtschaftliche Verflechtung der Metropolen Berlin und Stettin zu fördern.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2018.

Vorlage: BV/751/2017

Herr Dr. Gerlach macht u.a. darauf aufmerksam, dass alle Rückäußerungen der Ämter und Städte in diesem Zusammenhang seitens der Kreisverwaltung abgearbeitet wurden, wobei die Einwendungen der Stadt Lychen aus dessen Sicht nicht zufriedenstellend abgearbeitet wurden. Herr Dr. Gerlach hält es jedoch für möglich, auch hier zu einem Konzept zu kommen, wobei er es für schwierig hält an einer Stelle im Landkreis eine touristische Linie einzurichten, ohne eine nennenswerte Beteiligung der Region selbst. Er merkt an, dass er der Beschlussvorlage zugestimmt hat im Vertrauen darauf, dass die von der Stadt Lychen erhobenen Fragen im Hinblick auf die touristische und die regionale Entwicklung nochmals tiefer behandelt werden.

Herr Wichmann teilt u. a. mit, dass er der Beschlussvorlage so nicht zustimmen kann, was zum einen mit der nach wie vor ungeklärten Situation in Lychen zu tun hat. Außerdem zeigt er sich verärgert über die Beschlussvorlage, da anders, als es im Verkehrsvertrag ursprünglich vorgesehen war, eine noch geringere Erstattung der Kilometer bei der UVG erfolgt. So war ursprünglich 1,51 €/km anstatt der jetzigen 1,48 €/km vorgesehen. Herr Wichmann zeigt sich mit der aktuellen Finanzausstattung der UVG nicht zufrieden, hofft jedoch in den bevorstehenden Verhandlungen, eine bessere Finanzausstattung für die Jahre 2018 und 2019 hinzubekommen.

Herr Banditt bringt zum Ausdruck, dass er der Beschlussvorlage zustimmen wird im Vertrauen darauf, dass man in gemeinsamen Gesprächen eine Lösung für die Region Lychen findet.

Frau Bader merkt an, dass sie der Beschlussvorlage im Ausschuss für Regionalentwicklung (REA) am 11.09.2017 nicht zugestimmt, sondern sich der Stimme enthalten hat. Sie bemängelt in diesem Zusammenhang u.a. den Umgang mit der Lychener Bürgermeisterin. Frau Bader regt an, die vorgesehen Einsparungen für 2018 in Höhe von 200 T€ zur Wiederbelebung einiger eingesparter Angebote, wie z. B. den Zwei-Stunden-Takt am Wochenende zwischen Fürstenberg und Lychen, zu verwenden. Sie spricht sich auch für den Einsatz zusätzlicher Busse an ausgewählten weiterführenden Schulen aus, um Schüler nach entsprechenden Nachmittagsveranstaltungen wieder auf die Dörfer zu bringen.

Herr Dr. Schwill merkt an, dass die touristischen Belange für Lychen von existentieller Bedeutung sind. Er begrüßt es auch, dass er von Bürgern, wie Herrn Held, auf Probleme in diesem Zusammenhang aufmerksam gemacht wird.

Herr Meyer teilt mit, dass er gegen die Beschlussvorlage stimmen wird, da er seit ca. einem Jahr keine auseichende Beantwortung der Fragen von besorgten Lychener Bürgern erkennen kann. So sieht er auch die Schreiben der Lychener Bürgermeisterin in diesem Zusammenhang als nicht zufriedenstellend beantwortet an. Herr Meyer regt an, sich vor Ort mit allen Beteiligten zusammensetzen, um die Probleme in Lychen zu lösen.

Herr Regler macht u.a. auf die Ausgleichsfunktion des Landkreises aufmerksam und darauf dass die Finanzbalance im Landkreis gewahrt werden muss. Er hält die vorliegende Beschlussvorlage für ein ausgewogenes Papier, was heute auch beschlossen werden sollte, um weiterarbeiten zu können.

Herr Wichmann spricht sich angesichts der Situation im Raum Lychen dafür aus, am ÖPNV etwas zu ändern und diesen nicht zu Einsparungszwecken zu nutzen. Er macht darauf aufmerksam, dass der Wille der CDU-Fraktion ein anderer ist, als weiter am ÖPNV zu streichen. Herr Wichmann weist in diesem Zusammenhang u. a. auf Einwohnerwachstum im Raum Lychen und Templin und auf Zuzug von Menschen aus Berlin hin, die auf ÖPNV angewiesen sind.

Herr Bretsch plädiert im Zusammenhang mit der Lösung der touristischen Probleme im Raum Lychen u.a. dafür, dass man, so wie auch in Templin, Schwedt und Angermünde, Geld in die Hand nimmt. Er merkt an, dass er nicht weiß, ob sich die Einwohner der Stadt Lychen mit ihren Forderungen auch an die Stadtverordnetenversammlung Lychen gewandt haben, sich mit einem entsprechenden Betrag zu beteiligen. Auch ist ihm nicht bekannt, ob die Naturparke, die ebenfalls davon partizipieren, Geld in die Hand nehmen. Herr Bretsch macht in diesem Zusammenhang auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel seitens der Stadt Angermünde aufmerksam, wodurch es ermöglicht wird, dass Menschen in der Saison zu touristischen Attraktionen in der Region Angermünde kommen können.

Herr Regler ist der Meinung, dass eine Stadt, die vom Tourismus lebt, auch Einnahmen requirieren muss, die wiederum in den Tourismus fließen. In diesem Zusammenhang fehlt ihm jedoch eine entsprechende Aussage von der Verwaltung der Stadt Lychen.

Herr Meyer weist auf das Schreiben der Lychener Bürgermeisterin vom 29.08.2017 hin, wonach die Stadt Lychen generell bereit ist, eine Mitfinanzierung für touristische Belange zu gewährleisten, wobei sich die Kosten im Rahmen bewegen und leistbar sein müssten. Frau Gundlach hat in diesem Schreiben auch um Auskunft zu den Kosten gebeten. Herr Meyer möchte wissen, ob sich der Landkreis bezüglich der Kosten inzwischen an die Bürgermeisterin gewandt hat.

Herr Brandenburg merkt u.a. an, dass man sich zwischenzeitlich auf eine befristete dreimonatige Regelegung geeinigt hat, um touristische Probleme beim ÖPNV im Raum Lychen zu lösen, ohne Lychen zusätzlich finanziell in Anspruch zu nehmen. Er weist jedoch darauf hin, dass die touristischen Bedarfe in der Uckermark bei der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes berücksichtigt werden sollen. Auch soll in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob die Bereitstellung zusätzlicher Nachmit-

tagsangebote für Schülerinnen und Schüler planerisch abgedeckt und finanziert werden kann.

Herr Dr. Schwill nimmt nochmals Bezug auf das Schreiben der Lychener Bürgermeisterin vom 29.08.2017 hin, wonach die Stadt Lychen generell bereit ist, sich an den Kosten zu beteiligen. Er bittet darum, diese Aussage bei der bevorstehenden Abstimmung zur Beschlussvorlage zu berücksichtigen.

Herr Seyfried erteilt Herrn Koeppen das Wort.

Herr Wichmann meldet sich stattdessen zu Wort und nimmt zur Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Landkreises Stellung.

Herr Seyfried weist Herrn Wichmann darauf hin, dass ihm nicht das Wort erteilt wurde.

Da Herr Wichmann seinen Vortrag fortsetzt, wird er von Herrn Seyfried zur Ordnung gerufen. Herr Seyfried weist ihn darauf hin, dass er die Möglichkeit hat, zu persönlichen Ansprachen zu reagieren aber nicht ein drittes Mal zum Sachverhalt zu sprechen kann.

Herr Koeppen merkt hinsichtlich der Übernahme zusätzlicher Kosten für den ÖPNV noch an, dass man eine kleine Stadt wie Lychen nicht mit Städten wie Schwedt und Angermünde gleichsetzen kann. Er kritisiert auch, dass das Land Brandenburg als einziges Bundesland keine eigenen Mittel für den ÖPNV der Landkreise bereitstellt.

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass sich die Ausgleichsfunktion des Landkreises nach einer klaren Formel auf der Grundlage des Nahverkehrsplanes ergibt.

„Der Kreistag beschließt einen Ausgleich für die Beförderungsangebote in Höhe von 6.552.240 Nutzwagenkilometer gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 9.697.315,20 € für das Jahr 2018.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 14 Enthaltungen: 5

Pause von 16:28 Uhr – 16:20 Uhr

(Herr Dr. Genschow, Herr Theiß, Herr Dr. Schwill und Herr Zimdars gehen um 16:30 Uhr.)

zu TOP 9: Terminplanung 2018 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse

Vorlage: BR/748/2017

„Der Kreistag nimmt die Terminplanung 2018 für Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse gemäß Anlage zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018

Vorlage: BV/743/2017

„Der Kreistag beschließt folgende Änderungen der Stellenpläne 2017 und 2018:

1. Der Kreistag beschließt die Aufstockung der Stellenpläne 2017 und 2018 um 3,5 VZÄ Sachbearbeiter Unterhaltsvorschuss im Jugendamt. Ferner beschließt der Kreistag die genannten Stellen der Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in den Stellenplänen 2017 und 2018 zuzuordnen.

2. Der Kreistag beschließt die Aufstockung der Stellenpläne 2017 und 2018 um 1,0 VZÄ Sachbearbeiter Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt im Sozialamt. Ferner beschließt der Kreistag die genannte Stelle der Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zuzuordnen.

3. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Beschaffung/Service der Entgeltgruppe 7, die Stelle Sachbearbeiter Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten der Entgeltgruppe 9c und die Stelle Sachbearbeiter Gehalt der Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehören.

4. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Controlling/Haushalt im Ordnungsamt der Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

5. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Rettungsdienst der Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

6. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass ein Stelle Sachbearbeiter Leistungsgewährung, 1,0 VZÄ, zur Stelle Sachbearbeiter Prüfung Unterhaltungspflicht umgewandelt wird mit der Folge, dass die Stelle nunmehr der Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

7. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stellen (4,0 VZÄ) Sachbearbeiter Wirtschaftliche Jugendhilfe im Jugendamt der Entgeltgruppe 9a Entgeltgruppe-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

8. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Verkehrsinfrastruktur im Bauordnungsamt der Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV Quartal 2016 - Jahresabschluss 2016
Vorlage: BR/749/2017

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im IV. Quartal 2016 - Jahresabschluss werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 12: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016

Vorlage: BV/750/2017

„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 13: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2016

Vorlage: BR/755/2017

„Der Kreistag nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2016 zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2017

Vorlage: BR/747/2017

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2017 werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 15: Antrag auf Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2017

Vorlage: BV/717/2017

„Der Kreistag beschließt außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 297.321,96 € für das Haushaltsjahr 2017 für die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (Aufstockungsbeträge).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2016

Vorlage: BV/746/2017

Der Landrat, Herr Wichmann, Herr Bretsch, Herr Rohne, Herr Suhr und Herr Mittelstädt nehmen wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung zum vorliegenden Tagesordnungspunkt teil und begeben sich in den Zuschauerbereich des Plenarsaales.

Herr Seyfried bittet die Kreistagsmitglieder, über die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark einzeln abzustimmen und ruft hierzu die Mitglieder nacheinander auf.

„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (s. Anlage) für den Jahresabschluss 2016 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Abstimmungsergebnis:

Verwaltungsratsmitglied	ja	nein	Enthaltung
Herr Dietmar Schulze Vorsitzender	einstimmig	-	-
Herr Henryk Wichmann Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	-
Herr Frank Bretsch Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	-
Herr Gerhard Rohne Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	-
Herr Dr. Alexander Genschow Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	-
Herr Thomas Simon weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger)	einstimmig	-	-
Herr Manfred Suhr weiteres Mitglied (sachkundiger Bürger)	einstimmig	-	-
Frau Karola Wöhner weiteres Mitglied (sachkundige Bürgerin)	einstimmig	-	-
Frau Ines Bolle Vertreterin der Beschäftigten	einstimmig	-	-
Herr Dirk Derlat Vertreter der Beschäftigten	einstimmig	-	-
Frau Katrin Sanft Vertreterin für die Beschäftigten	einstimmig	-	-
Herr Marko Kath Vertreter für die Beschäftigten	einstimmig	-	-
Herr Jürgen Mittelstädt Stellvertreter für ein Mitglied des Kreistages	einstimmig	-	-

Der Landrat, Herr Wichmann, Herr Bretsch, Herr Rohne, Herr Suhr und Herr Mittelstädt nehmen wieder an der Beratung teil.

zu TOP 17: Stellungnahmen des Kreistages Uckermark

zu TOP 17.1: Stellungnahme des Kreistages Uckermark zur Verwaltungsstrukturereform im Land Brandenburg Vorlage: AN/792/2017

Herr Banditt begrüßt, dass sich die Fraktionen des Kreistages gemeinsam zu einer einheitlichen Linie durchgerungen haben mit dem Ziel, das laufende Verfahren zur Verwaltungsstrukturereform umgehend anzuhalten und den Landkreis Uckermark in ihren jetzigen Grenzen zu erhalten. Er plädiert für eine

geschlossene Zustimmung des Kreistages zum vorliegenden Antrag, um so gegenüber dem Land ein Zeichen zu setzen.

Der Landrat weist zur Klarstellung darauf hin, dass der Landkreis Uckermark betroffener Landkreis im Rahmen eines Gesetzes zur Kreisneugliederung ist. Gemäß Artikel 98 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgK-Verf) bedarf es deshalb einer Willensbildung des Kreistages, die in der heutigen Sitzung erfolgen soll. Er merkt an, dass man sich seit der Leitbilddiskussion über den Referentenentwurf in einer Arbeitsgruppe mit der Verwaltung gemeinsam zu Standpunkten durchgerungen hat. Der Landrat macht auf den Termin im Innenausschuss des Landtages am 19. Oktober aufmerksam, zu dem der Vorsitzende des Kreistages im Rahmen einer Anhörung geladen wurde, um die Stellungnahme des Kreistages Uckermark zum Entwurf des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise vorzutragen. Der Landrat weist darauf hin, dass die Stellungnahme des Kreistages dem Innenausschuss bereits vorab zugesandt werden soll. Der Landrat dankt allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf zur Kreisneugliederung.

Herr Wichmann begrüßt, dass es gelungen ist, zum Thema Verwaltungsstrukturreform und Kreisgebietsreform zum Ende eine möglichst einmütige und geschlossene Haltung und Position zu Papier zu bringen und nach Beschluss des Kreistages nach Potsdam zu schicken. Er weist darauf hin, dass sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Reform für den Landkreis Uckermark nur Nachteile mit sich bringt und die Vorteile gar nicht erkennbar sind. Herr Wichmann ist der Auffassung, dass die Reform jeder Grundlage entbehrt und merkt an, dass weder die Entwicklung der Einwohnerzahlen der Uckermark noch die Finanzausstattung des Landes diese Reform begründen. In diesem Zusammenhang ruft Herr Wichmann auch alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises dazu auf, sich in die in den Amts- und Stadtverwaltungen ausliegenden Listen einzutragen, da nur Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger des Landes eine Wirkung im Wege der Volksgesetzgebung entfalten. Die Stellungnahme des Kreistages hingegen ist nur insoweit verbindlich, dass sie zur Kenntnis genommen und gehört werden muss. Herr Wichmann plädiert dafür, sowohl die Stellungnahme des Kreistages als auch die Unterschriften der Bürgerinnen und Bürger dazu zu nutzen, um am Ende zum Ergebnis des Erhalts der Uckermark zu kommen.

Herr Bretsch dankt zunächst der Arbeitsgruppe, die dazu beigetragen hat, den Artikel 98 der BbgKVerf mit Leben zu erfüllen und die sich sachlich und fachlich mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt hat, um dann sowohl eine sachlich fachliche als auch eine politische Entscheidung treffen zu können. Herr Bretsch merkt an, dass durch die Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf bewusst wurde, dass es an einer Grundlage in eklatanter Weise mangelt, was auch sehr deutlich formuliert worden ist. Er merkt an, dass es um ein in sich geschlossenes Gesamtkonzept für alle Verwaltungsebenen geht. Herr Bretsch ist u.a. der Auffassung, dass der Entwicklung der Landkreise und Kommunen in den letzten 25 Jahren, in der diese eine gewisse Form von Selbstständigkeit und Arbeitsfähigkeit erreicht haben, durch die Übertragung von Aufgaben durchaus Rechnung getragen werden könnte, was sich jedoch im vorliegenden Gesetzentwurf nicht wiederfindet. Auch merkt er an, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht den Willen des Landtages in der Weise umsetzt, so wie er seinerzeit von ihm dokumentiert worden war. Herr Bretsch

merkt an, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht die Gewähr dafür bietet, dass man das Vorhaben, so wie es einmal gestartet wurde, erfolgreich umsetzen kann.

Herr Rohne merkt u. a. an, dass er Reformbedarf für das Land sieht, der ausgestaltet werden muss, sieht aber den vorliegenden Gesetzentwurf für nicht ausreichend an. Aus diesem Grund plädiert er dafür, den Prozess zu stoppen, um zunächst die Hausaufgaben zu erledigen. Herr Rohne weist in diesem Zusammenhang auf Gespräche in Potsdam und auf Klausurtagungen mit dem Landkreis Barnim hin, in denen über die noch fehlenden Inhalte des Gesetzentwurfes diskutiert wurde.

Herr Dr. Gerlach bemängelt u.a., dass die im Rahmen der Anhörung der Landkreise im Oktober 2017 vorgebrachten Einwendungen seitens des Landes gar nicht ernsthaft geprüft werden können, wenn der Beschluss zur Kreisneugliederung bereits im September 2017 im Landtag gefasst werden soll. Er begrüßt den gemeinsamen Standpunkt der Fraktionen des Kreistages, die nicht nur die Ungeeignetheit des Verfahrens feststellen, sondern dessen Stopp fordern.

Herr Krumrey hält den gemeinsamen Antrag der Fraktionen für ein starkes Signal in Richtung Potsdam. Angesichts des demographischen Wandels auch im Landkreis hält es Herr Krumrey für wichtiger, anstatt über Gebietsreformen zu diskutieren über Funktionen zu reden. So sollte geprüft werden, wo Funktionen am besten auf der politischen und der administrativen Ebene wahrgenommen werden können.

Der Landrat nimmt zum Antrag AN/792/2017 Stellung und kritisiert in diesem Zusammenhang das Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung im Land. Er weist in diesem Zusammenhang u.a. auf Artikel 28 des Grundgesetzes hin und hält die kommunale Selbstverwaltung für ein hohes Gut. Der Landrat informiert über die bereits gefassten Beschlüsse der Landkreise Barnim, Spree-Neiße, Oder-Spree und Ostprignitz-Ruppin die sich in ihren vom Kreistag zu beschließenden Stellungnahmen ebenfalls gegen das Gesetz zur Kreisneugliederung aussprechen.

„Der Kreistag Uckermark lehnt die derzeitige Ausprägung der Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg ab und fordert den Landtag Brandenburg auf, das laufende Verfahren zur Verwaltungsstrukturreform umgehend anzuhalten und die Landesregierung Brandenburg zu beauftragen, ein in sich geschlossenes Gesamtkonzept für alle Verwaltungsebenen, von der Gemeinde über die Ämter und Städte sowie die Landkreise und kreisfreien Städte bis hin zur Landesverwaltung, vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17.2: Stellungnahme des Kreistages Uckermark zum Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 6/6776)

Vorlage: BV/767/2017

„Der Kreistag beschließt die in der Anlage aufgeführte Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 6/6776).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 18: Fortschreibung der Präventionskonzeption Frühe Hilfen

Vorlage: BV/768/2017

„Der Kreistag beschließt die Fortschreibung der Präventionskonzeption Frühe Hilfen im Landkreis Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(Herr Schween geht um 17:38 Uhr.)

zur Kenntnis genommen:

gez. Wolfgang Seyfried
Vorsitzender des Kreistages

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer